Solaroffensive nicht auf Kosten des Kulturlandes

Die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung, Energie und Kommunikation UREK-N schlägt gemäss ihrer gestrigen Medienmitteilung vor, dass grosse Solaranlagen ausserhalb der Bauzone generell als standortgebunden gelten und damit auf offenem Kulturland gebaut werden dürfen.

In der Landwirtschaftszone sollen Solarparks künftig selbst auf bestem Ackerland, den sogenannten Fruchtfolgeflächen, gebaut werden dürfen. Vorausgesetzt wird zwar, dass die landwirtschaftlichen Interessen «nur geringfügig beeinträchtigt» werden dürfen. Aber da weder die Interessen noch die Beeinträchtigung klar definiert sind, stellt diese Formulierung faktisch einen Freipass für die Verbauung von bestem Kulturland mit Solarkraftwerken dar. Da die Alpweiden nicht Teil der Landwirtschaftszone sind, gilt dort selbst dieses Kriterium nicht. Im Gegenteil gelten im Berggebiet grosse Anlagen sogar als nationales Interesse. In mehreren Alpgebieten existieren bereits Pläne für den Bau von Solarkraftwerkprojekten. Nebst dem Kulturland sind davon auch zahlreiche bäuerliche Existenzen bedroht.

Bis 2040 will die Kommission zusätzliche 6 TWh erneuerbare Energie produzieren, ein Grossteil aus solchen grossen Solarkraftwerken. Das knappe Kulturland, welches wir für die Ernährungssicherheit benötigen, würde verbaut und der Nahrungsmittelproduktion weitgehendst entzogen. Der Vorschlag der UREK-N hebt den Trennungsgrundsatz von Baugebiet und Nichtbaugebiet aus und untergräbt diverse Ziele der Bundesverfassung, wie etwa die haushälterische Nutzung des Bodens (Art. 75 BV), den Erhalt der Fruchtfolgeflächen (Art. 102), die Sicherung des Kulturlandes (Art. 104) und die Ernährungssicherheit (Art. 104a).

Der Verein AGRItterra fordert daher den Nationalrat auf, die Vorschläge der Kommission zu überarbeiten. Auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche und insbesondere auf Fruchtfolgeflächen dürfen keine Solaranlagen erstellt werden. Anlagen im Sömmerungsgebiet sind nur auf wenig produktiven Flächen zu bauen. Die Vorgabe der «geringfügigen Beeinträchtigung» ist von der Politik zwingend näher zu definieren und damit Klarheit für die Bewilligungspraxis zu schaffen. Bei der Beurteilung der Standortfrage ist die Nahrungsmittelproduktion höher zu gewichten als die Energieproduktion.

Der Ausbau der Solarenergie ist deshalb prioritär auf das Siedlungsgebiet und die Bauten ausserhalb der Bauzone zu konzentrieren, wo es auf Dachflächen und an Fassaden nach wie vor ein riesiges Potenzial gibt. Grosse Solarkraftwerke für die Winterstromproduktion gehören auf unproduktive Flächen im Alpenraum.

Rückfragen:

Peter Seiler, Präsident, Mobil 079 366 17 07

Andreas Widmer, Geschäftsführer, Mobile 079 358 62 64